

PK0310 | Nationalrat analysiert die Lage kleiner und mittlerer Unternehmen
10.04.2008

http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2008/PK0310/PK0310.shtml

Parlamentskorrespondenz/01/10.04.2008/Nr. 310

Nationalrat analysiert die Lage kleiner und mittlerer Unternehmen

KMU: Wachstumsmotoren mit Problemen beim Eigenkapital

Wien (PK) – Dann eröffnete Präsidentin Prammer
die Debatte über den **Mittelstandsbericht 2006**. (gekürzt)

Abgeordneter **Mag. KOGLER (G)** leitete die Verhandlung mit der Ankündigung an, seine Fraktion werde den KMUBericht ablehnen, weil er zwar ausführliche Beschreibungen über die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen biete, in der Analyse aber doch einiges schuldig bleibe. **Für zu knapp halten die Grünen auch den Exkurs über Einzelpersonen- und Mikrounternehmen.** Kogler bezeichnete eine auf KMU konzentrierte Wirtschaftspolitik für richtig, betonte aber zugleich, die Wirtschaft brauche insgesamt eine Mischung zweckmäßiger Betriebsgrößen und – etwa im Hinblick auf den Export – durchaus auch Großbetriebe. ... Zur weiteren Förderung von Arbeitsplätzen in den KMU verlangte Kogler eine ökosoziale Steuerreform zur Entlastung des Faktors Arbeit und kritisierte die viel zu geringe Vermögensbesteuerung in Österreich, die dem Leistungsprinzip widerspreche.

Abgeordneter **Dr. MITTERLEHNER (V)** sah die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen, aus denen 99,7 % der österreichischen Wirtschaft bestehen, sehr positiv. In der Hochkonjunktur der Jahre 2006/2007 wurden bei rückläufiger Insolvenzquote pro Jahr 30.000 Unternehmen gegründet, sagte Mitterlehner **und sprach sich auch dafür aus, der starken Entwicklung der Einzelpersonenunternehmen mehr Aufmerksamkeit zu schenken.** Die **Wirtschaftskammer engagiere sich bereits sehr stark für die EPU, merkte Mitterlehner an.** Die Eigenkapitalquote der KMU stieg zuletzt zwar um 2 % auf 23 %, im europäischen Vergleich sei dies aber immer noch sehr wenig. Mitterlehner drängte daher auf Maßnahmen im Rahmen der Steuerreform zur Unterstützung der KMU. Viel sei bereits geschehen, um die Bedingungen für KMU zu verbessern, viel sei aber noch zu tun, schloss Mitterlehner.

Auch Abgeordneter **THEMESSL (F)** sah in den KMU das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Der vorliegende Bericht zeige positive Entwicklungen auf, turne aber über gravierende Schwachstellen hinweg. Die problematische Eigenkapitalsituation der KMU, die der Bericht aufzeige, sei auf die viel zu starke steuerliche Belastung zurückzuführen, klagte Themessl. **Viele KMU könnten nicht einmal in der Hochkonjunktur Gewinne schreiben.** Auch habe die Erhöhung der Mineralölsteuer viele KMU belastet und im Frächtergewerbe die Tendenz zum "Ausflaggen" von LKW verstärkt. Dies führe zum Verlust von Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen und Sozialabgaben in Österreich. Eine Steuerreform zugunsten der KMU würde sich rasch selbst finanzieren, weil KMU, die die Chance haben, Eigenkapital zu bilden, keine Interesse daran haben, an der Steuer vorbei zu produzieren, zeigte sich Themessl überzeugt. Nötig sei eine **Staffelung der Einkommensteuersätze**, eine Senkung der Lohnnebenkosten, eine Investitionsbegünstigung und eine steuerliche Begünstigung haushaltsnaher Dienstleistungen. In einem Entschließungsantrag schlug Themessl vor, Eintrittskarten für die EURO 2008 bis zu 1.000 Euro steuerlich zu begünstigen, um es KMU zu erleichtern, Geschäftspartner nach Österreich einzuladen.

Abgeordneter **Dr. BAUER (S)** bekannte sich nachdrücklich zur Förderung von KMU, weil die Wirtschaft sowohl Groß- als auch Kleinbetriebe brauche. KMU profitierten als Zulieferer von der Exporttätigkeit der Großbetriebe und die stützten im Konjunkturabschwung regionale Arbeitsmärkte, weil sie weniger rasch auf die Konjunktur reagieren als große Unternehmen. Als ein aktuelles Problem der KMU sah der Abgeordnete die Nachfolgeproblematik, weil in Betrieben mit insgesamt 500.000 Arbeitnehmern ein Generationswechsel ins Haus stehe. Unterstützung für KMU sei im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Kreditvergabe notwendig, weil Basel II schmerzhaft Begrenzungen bei KMU-Krediten gebracht habe. Auch Abgeordneter Bauer hielt es für richtig, in künftigen Berichten stärker auf Kleinstunternehmer einzugehen.

Abgeordnete **Dr. LICHTENECKER (G)** unterstrich die volkswirtschaftliche Bedeutung einer gesunden Mischung von Branchen sowie kleiner und großer Unternehmen. Auf die Situation der Kleinstunternehmen gehe der KMUBericht 2006 aber nur am Rande ein, bedauerte die Rednerin und machte darauf aufmerksam, dass die EPU mit hoher Arbeitsintensität viel zur Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft beitragen. Um ihre Rahmenbedingungen zu verbessern, sei es notwendig, Einzelpersonenunternehmen bei der nächsten Steuerreform speziell zu berücksichtigen, unterstrich Abgeordnete Lichtenecker und legte einen diesbezüglichen Entschließungsantrag ihrer Fraktion vor.

Abgeordneter **SCHALLE (B)** führte die Erfolgsgeschichte der österreichischen KMU, die in zunehmenden Neugründungen und rückläufigen Insolvenzquoten zum Ausdruck komme, nicht ohne Stolz auch auf die Regierungsbeteiligung des BZÖ und die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen der letzten Bundesregierung zurück. Es sei aber noch viel zu tun, sagte auch Veit Schalle und schlug vor, auch Trafikanten in die erfolgreiche Ausweitung der Ladenöffnungszeiten einzubeziehen und die KMU von Verwaltungskosten zu entlasten. Wichtig sei es auch, ihren Zugang zu Förderungseinrichtungen zu verbessern und Forschungsaufwendungen noch stärker als bisher zu unterstützen. Weitere Anliegen Schalles galten der Berücksichtigung von KMU im öffentlichen Vergabewesen, der Förderung der Lehrlingsausbildung, Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalquote und der Unterstützung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger, insbesondere auch der Fotovoltaik.

Bundesminister Dr. Bartenstein teilte den Abgeordneten eingangs mit, kleine und mittlere Unternehmen planten trotz schwächerer Konjunktur, ihre Investitionen zu erweitern und mehr Arbeitskräfte einzustellen. Dies zeige, wie sehr die mittelständische Wirtschaft als Wachstumsmotor und Rückgrat der Wirtschaft funktioniere. Der Minister stimmte zu, dass EPU, die insgesamt bereits mehr als 50 % der Unternehmen darstellen, Aufmerksamkeit verdienen, merkte aber an, dass viele EPU wachsen, Arbeitsplätze schaffen und letztlich zu KMU werden. Die KMU haben sich gute Rahmenbedingungen verdient, sagte Bartenstein und wies darauf hin, dass es gelungen sei, die Lehrstellenlücke binnen eines Jahres um 40 % auf 677 zu verkleinern. In vielen Regionen werden bereits mehr Lehrstellen angeboten als besetzt werden können. Der Wirtschaftsminister bekannte sich nachdrücklich dazu, die Internationalisierungsoffensive für KMU fortzusetzen, obwohl KMU nicht nur vom eigenen Export profitieren, sondern als Zulieferer für Großbetriebe auch von deren Export. Vom Auslaufen der Erbschaftssteuer profitierten die Unternehmen, die den Übergang auf die nächste Generation ohne steuerliche Probleme gestalten können. Als KMU-freundlich habe sich auch die Gruppenbesteuerung erwiesen, berichtete der Minister und kündigte für die nächste Steuerreform eine rechtsformneutrale Besteuerung und für kleine Betriebe die bisher Arbeitnehmern vorbehaltenen

steuerlichen Vorteile des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes an. Die soziale Absicherung der Unternehmer koste Geld, sagte Bartenstein, er bekenne sich aber zur Einführung der Arbeitslosenversicherung für Selbständige und zur Ausweitung des betrieblichen Vorsorge für Unternehmer – das seien auch wichtige Schritte zur Förderung von KMU gewesen.

Abgeordneter ZANGER (F) sprach insbesondere die Probleme der Klein- und Mittelbetriebe bei den Investitionen durch Basel II an. Die neue Risikoprüfung habe massive Auswirkungen, weil die Banken bei der Kreditvergabe restriktiver seien, sagte er. Auch die Erfordernisse für mehr Transparenz führten zu höheren Kosten und hinsichtlich der Erfordernisse für die Sicherheit brauche man hohe Rücklagen. Daher könnten sich nur jene Unternehmen Kapital holen, die bereits solide dastehen. Zanger sprach sich für die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrags, für die Senkung der Lohnnebenkosten und für die Abschaffung der Bagatellsteuern aus. Er kritisierte auch, dass öffentliche Großaufträge zu einem großen Teil an ausländische Firmen gehen, und man daher bei der Auftragsvergabe gegensteuern müsse. Am Ende seiner Ausführungen brachte er einen Entschließungsantrag mit dem Ziel der Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe und der Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes ein.

Abgeordneter STEINDL (V) erinnerte an die zahlreichen Maßnahmen, die in den letzten Jahren gesetzt worden sind, die auch zu einer Produktivitätszunahme auf hohem Niveau geführt haben. Allein die Tatsache, dass in Österreich 72 % der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben arbeiten, zeige die Bedeutung dieser Unternehmen für die Volkswirtschaft. Auch Steindl gab zu bedenken, dass die Eigenkapitalquote noch erhöht werden müsse. Er kritisierte die hohe Sozialquote, die die Lohnnebenkosten zu drei Vierteln belastet. Hier sollte man auch an die Eigenverantwortung der BürgerInnen appellieren, sagte er. Weiters forderte er einen besseren Zugang zu Forschung und Entwicklung für die Klein- und Mittelbetriebe, zumal 95 % der Förderungen nur an 3 % der Betriebe gingen. Hinsichtlich einer besseren Berücksichtigung der KMU bei der Auftragsvergabe im öffentlichen Bereich schloss er sich seinem Vorredner an.

Abgeordneter GRADAUER (F) thematisierte die Belastungen der Klein- und Mittelbetriebe durch die Bürokratie. So benötige ein mittleres Unternehmen durchschnittlich 272 Stunden, um die bürokratischen Anforderungen zu bewältigen. In Irland liege dieser Wert bei 76 Stunden, in Schweden beispielsweise bei 122 Stunden. Die Bürokratiekosten beliefen sich auf 4,6 % des BIP, der EU-Durchschnitt liege bei 3,5 %. Gradauer vertrat daher die Auffassung, dass man bei den Bürokratiekosten bis zu 50 % einsparen könne. Als Beispiele für eine überbordende Bürokratie nannte er unter anderem den Erlass zur Reisekostennovelle mit 20 Seiten und den Auslegungsbehelf für die Lohnsteuer mit über 600 Seiten. Er brachte einen Entschließungsantrag betreffend Masterplan zum Bürokratieabbau nach niederländischem Vorbild ein.

Abgeordneter ZACH (S) bemerkte eingangs, der Bericht bestätige die radikale Änderung in der Arbeitswelt. Der Unterschied zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen werde sich auflösen. Von einem Feiertag für die KMU könne man auf keinen Fall reden, stellte er fest. Zach forderte insbesondere eine Entlastung für die 60 % jener Selbständigen, die einen Gewinn von weniger als 18.000 Euro im Jahr machen, denn diese würden vom geltenden Entlastungspaket nichts haben. Sein diesbezüglicher Entschließungsantrag konnte aufgrund der Unterstützung von FPÖ und SPÖ eingebracht werden. Zach forderte weiters die Sechstelbegünstigung auch für UnternehmerInnen, die Besteuerung von 25 % auch für Ein-Personen-

Gesellschaften, einen Breitband-Internetzugang für alle und eine Starthilfe für JungunternehmerInnen in der Höhe von 5.000 Euro.

Abgeordneter WEINZINGER (F) setzte sich vor allem für die Kleinstunternehmen mit bis zu zehn MitarbeiterInnen ein. Diese leisteten nicht nur einen wichtigen wirtschaftlichen Beitrag in den Regionen, sondern auch in kultureller Hinsicht. Dennoch hätte diese Gruppe mit großen Sorgen zu kämpfen, die ihnen der Staat und damit das Parlament und die Regierung durch die zahlreichen Vorschriften bereiteten. Weinzinger nannte in diesem Zusammenhang vor allem Personalprobleme in der Gastronomie, aber auch die längeren Öffnungszeiten.

Abgeordneter SCHEIBNER (B) sprach sich dem gegenüber für längere Öffnungszeiten, jedoch für gleiche Bedingungen für alle aus. Für Klein- und Kleinstbetriebe sollte man mehr Flexibilität zulassen, meinte er und bezeichnete die Senkung der Körperschaftssteuer durch die vorherige Bundesregierung als einen richtigen Schritt. Er unterstützte die Ankündigungen von Bundesminister Bartenstein und bekräftigte, dass die Entlastung im Bereich der Bürokratie und der Steuern weitergeführt werden müsse. Als Vision wünschte er sich eine gemäßigte Flat-Tax.

Abgeordnete MIKESCH (V) bezeichnete die Klein- und Mittelbetriebe als Fundament und Jobmotor der heimischen Wirtschaft, die vor allem für den ländlichen Raum von Bedeutung seien. Man dürfe jedoch Klein- und Mittelbetriebe einerseits und Großbetriebe andererseits nicht auseinanderdividieren, da diese einander ergänzten. Das zeige auch die positive Entwicklung im Export. So würden beispielsweise in Niederösterreich 40 % im Ausland verdient. Mikesch hob auch die Leistungen der klein- und mittelständischen Wirtschaft im Rahmen der Ausbildung hervor.

...

Abgeordneter DI AUER (V) sprach aus eigenen Erfahrungen, da er selbst ein Kleinstunternehmen führt. Kleinstunternehmen seien das Rückgrat der Wirtschaft, vor allem im ländlichen Raum, ein Bollwerk gegen Monopole und ein Füllhorn für die Steuertöpfe, sagte er. Er trat daher für eine Senkung der Abgaben ein und kritisierte die Kärntner Landesregierung, da es in diesem Bundesland die höchsten Abgaben und die meisten Firmenpleiten gibt.

Abgeordnete Mag. TRUNK (S) meinte, der Bericht und die heutige Debatte stellten eine gute Grundlage für weitere Diskussionen dar, um günstigere Rahmenbedingungen für die Klein- und Mittelbetriebe im Interesse einer besseren Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Die Politik für Klein- und Mittelbetriebe sei eine Querschnittsmaterie, das zeige sich zum Beispiel anhand der Raucherdebatte. Trunk trat dafür ein, einen goldenen Mittelweg zu suchen, und merkte an, solange man Zigaretten akzeptiere, sollte man die Wirte nicht sekkieren.

Abgeordnete Mag. AUBAUER (V) unterstrich die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe für die Sicherung der Arbeitsplätze. Als Seniorenvertreterin strich sie das generationenübergreifende Arbeiten in diesen Betrieben hervor, was sie als einen Baustein für den Erfolg bezeichnete. Ein weiterer Baustein für den Erfolg ist für Aubauer der Wegfall der Erbschaftssteuer, der eine deutliche Entlastung bringe. Projekte, wie man Jugendliche an die Selbständigkeit heranzuführt, sind für sie spannend und von großer Bedeutung. Zusammenfassend sprach sie sich für eine faire Steuerreform und -entlastung aus.

Abgeordneter Mag. KUZDAS (S) wandte sich der Auftragsvergabe zu und warnte

davor, dass gerade beim öffentlichen Einkauf die mittelständischen Unternehmen unter die Räder kommen könnten. Er halte daher eine Änderung des Bundesvergabegesetzes für erforderlich. Darüber hinaus regte er an, die zentrale Beschaffung im ländlichen Raum und die volkswirtschaftlichen Effekte der Beschaffung zu evaluieren.

Abgeordnete HÖLLERER (V) unterstrich die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe innerhalb der dualen Berufsausbildung. Diese würden 80 % der Lehrlinge ausbilden, führte sie an und bezeichnete diese Form der Ausbildung als effizient, da die jungen Menschen in das Wirtschaftsgeschehen eingebunden sind. Sie begrüßte die Verankerung der Modularisierung in der Lehrlingsausbildung sowie das Entstehen neuer Berufe bzw. die Modernisierung bestehender Berufsbilder. Einen weiteren wichtigen Impuls stellt für sie die Ausbildungsgarantie im Jugendbeschäftigungsgesetz dar.

...

Abgeordneter OBERNOSTERER (V) hielt die Anerkennung der Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe für wichtig und notwendig, gemessen werde man aber an dem, was für sie tatsächlich getan wird, betonte er. Obernosterer unterstützte die Aussagen von Bundesminister Bartenstein und sprach sich dafür aus, den Klein- und Kleinstbetrieben im Rahmen der nächsten Steuerreform besonderes Augenmerk zu schenken. Eine steuerliche Entlastung sei besser als Förderungen.

...

Bei der Abstimmung wurde der Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft 2006/07 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Der FPÖ-Entschließungsantrag betreffend Anerkennung der Kosten für Eintrittskarten und Bewirtung für die Euro 2008 als Werbeausgabe wurde nur von der FPÖ unterstützt und somit mehrheitlich abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Grünen betreffend Förderung von Ein-Personen-Unternehmen wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt und blieb somit ebenfalls in der Minderheit.

Durch SPÖ, ÖVP und Grüne mehrheitlich abgelehnt wurde der Entschließungsantrag der FPÖ betreffend die Entlastung der kleinen und mittleren Betriebe und die Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. In gleicher Weise mehrheitlich abgelehnt wurde der FPÖ-Entschließungsantrag betreffend die Entwicklung eines Masterplans zum Bürokratieabbau.

In der Minderheit blieb auch der Entschließungsantrag des Abgeordneten Zach betreffend Entlastungspaket für UnternehmerInnen mit geringem Gewinn; dieser wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

...